

# Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Kreistages des Landkreises Konstanz am **Montag, dem 10. Februar 2020,** im Großen Sitzungssaal des Landratsamts in Konstanz, Benediktinerplatz 1, 78467 Konstanz.

<u>Beginn:</u> 13:30 Uhr <u>Ende:</u> 15:55 Uhr

## **TAGESORDNUNG**

**TOP Bezeichnung** Drucksache-Nr. 1. Verabschiedung von Herrn Kreisbrandmeister Carsten SORG 2. Genehmigung der Niederschrift über die letzte öffentliche Sitzung des Kreistags am 09.12.2019 3. Bekanntgabe von in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüssen (Regionalbusverkehr) 4. Kreisjugendhilfeausschuss; 2020/028 Nachbesetzung bei den stellvertretenden stimmberechtigten Mitgliedern 5. Schienenstrecke Zürich - Singen - Stuttgart (Gäubahn); 2020/011 Antrag der Fraktion der SPD/Resolution 6. Gesundheitsverbund Landkreis Konstanz gGmbH; 2019/266/4 Konzernabschluss 2018 6.1 Gesundheitsverbund Landkreis Konstanz gGmbH; 2019/266/5 Konzernabschluss 2018 - Entlastung des Aufsichtsrats 7. **Berufliche Schulen im Landkreis Konstanz:** 2019/253/1/1

Fachschulen - Erhebung von Schulgeldern

# TOP Bezeichnung Drucksache-Nr.

## 8. Kreishaushalt 2019;

2020/025

Finanzbericht/Prognose zum 31.12.2019

# 9. Beratung und Beschlussfassung über den Haushalt des Landkreises Konstanz:

2020/030

Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2020 mit Entscheidung über diverse Förderanträge/Empfehlungsbeschlüsse der Fachausschüsse

## 10. Bürgerfragestunde

# 11. Mitteilungen

# 11.1 Lebensmittelkontrollen im Landkreis Konstanz;

2020/019

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

# 11.2 Sitzungen des Kreistags und der Ausschüsse;

2020/020

Anfrage von Kreisrat Grünauer/BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

# 11.3 Beteiligungsbericht 2018

2019/288

# 11.4 Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (LGVFG);

2020/032

Erweiterung der Fördermöglichkeiten für den öffentlichen Verkehr auf dem Wasser

# 12. Verschiedenes - Bekanntgaben - Anträge - Wünsche

# 12.1 Asylbewerber und Flüchtlinge;

Behandlung der Thematik in den Gremien

# 12.2 Konferenz zum Thema "Kreise gestalten Zukunft - 2. Konferenz für Landkreise für Klimaschutz;

Teilnahme eines Vertreters des Landkreises/Berichterstattung im Kreistag

# 12.3 Schienenstrecke Konstanz - Allensbach (Radolfzell);

Sanierung von Bahnübergängen - Einrichtung eines Schienenersatzverkehrs (SEV)

## 12.4 Klimaschutz;

Besetzung der Stelle für das Klimaschutzmanagement

# 12.5 Festlegung der Höhe der Kreisumlage

# **Anwesend:**

Danner, Zeno, Landrat und Vorsitzender

# **Stimmberechtigte Mitglieder:**

67 Kreisrätinnen und Kreisräte

## **Entschuldigte:**

Auer, Thomas, Dr.
Both-Pföst, Hubertus, Dr.
Eisenhut, Bernhard
Fritschi, Alois
Keck, Jürgen, MdL
Pschorr, Simon

# Auf besondere Einladung nehmen teil:

Entfällt.

# Von der Verwaltung nehmen teil:

**Gärtner**, Philipp, ELB **Nops**, Harald

Basel, Stefan
Bendl, Ralf
Best, Florian
Bittermann, Jens
Bürger-Hermann, Anja
Hagen, Eveline
Hoffmann, Vera
Kleinicke, Barbara
Neugebauer, Boris

Sorg, Carsten
Weitere Budget- und Teilbudgetverantwortliche/Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung

Roth, Manfred (Protokoll)

Der **Vorsitzende** begrüßt die Mitglieder des Kreistags sowie die Vertreter der Presse und die Zuhörer.

Er stellt fest, dass zur Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde; anschließend verliest er die Liste der Entschuldigten und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Wünsche oder Anregungen zur Tagesordnung werden auf Nachfrage nicht geäußert.

# 1. <u>Verabschiedung von Herrn Kreisbrandmeister Carsten Sorg</u>

Der **Vorsitzende** verabschiedet Herrn Carsten **Sorg**, der seit dem 01.06.2017 als Kreisbrandmeister amtierte. Er bedankt sich bei ihm für die geleistete Arbeit.

In dieser Zeit habe er sich ein hohes Ansehen u. a. bei den Feuerwehren erarbeitet und deshalb lasse man ihn nur ungern gehen. Anschließend überreicht ihm der **Vorsitzende** einen Geschenkkorb.

Herr **Sorg** bedankt sich für die Unterstützung in den vergangenen Jahren und die lobenden Worte und wünscht dem Landkreis für die Zukunft alles Gute.

# 2. <u>Genehmigung der Niederschrift über die letzte öffentliche Sitzung des Kreistags</u> am 09.12.2019

Der Vorsitzende verweist auf die versandte Niederschrift.

Wortmeldungen erfolgen nicht. Der Kreistag fasst folgenden

# Beschluss (ohne förmliche Abstimmung):

Der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Kreistags am 09.12.2019 wird zugestimmt.

# 3. <u>Bekanntgabe von in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüssen (Regionalbusverkehr)</u>

Der **Vorsitzende** berichtet, dass heute keine Entscheidung getroffen werden konnte, weil die komplexen Klärungen und Abstimmungen noch nicht abgeschlossen werden konnten. Man befindet sich mit der Fa. Klink in Kontakt mit dem Ziel einer einvernehmlichen Lösung. Sobald die genannten Klärungen erfolgt sind, werden die zuständigen Gremien zeitnah die erforderlichen Entscheidungen treffen.

Wortmeldungen erfolgen nicht.

# 4. Kreisjugendhilfeausschuss;

## Nachbesetzung bei den stellvertretenden stimmberechtigten Mitgliedern

Der Vorsitzende verweist auf die Sitzungsvorlage.

Wortmeldungen erfolgen nicht. Der Kreistag fasst folgenden

# **Beschluss (einstimmig):**

Der Kreistag bestellt gemäß § 2 Abs. 3 LKJHG i. V. m. der Satzung über das Jugendamt des Landkreises Konstanz Herrn Andreas ZELLER als stellvertretendes stimmberechtigtes Mitglied der Jugendverbände in den Kreisjugendhilfeausschuss.

Die übrige Zusammensetzung des Gremiums wird bestätigt.

# 5. <u>Schienenstrecke Zürich - Singen - Stuttgart (Gäubahn)</u>;

## Antrag der Fraktion der SPD/Resolution

Der **Vorsitzende** verweist auf die Sitzungsvorlage. Nach dem Versand der Unterlagen haben die Fraktionen der GRÜNEN, der FDP und DIE LINKE mit Schreiben vom 08.02.2020 eine weitergehende Resolution vorgelegt, die als Tischvorlage verteilt worden ist.

#### Kreisrätin Frank

Der Fraktion der SPD gebührt ein Dank dafür, dass sie den Antrag gestellt hat. Nur deshalb steht dieser auf der heutigen Tagesordnung. Allerdings ist dieser Antrag nicht konkret genug, außerdem wurde er erweitert. Man kann sich nicht einfach damit abfinden, dass man die direkte Anbindung zum Hauptbahnhof über drei Jahre hinweg – manche sagen sogar fünf Jahre – einfach "kappt" und die Fahrgäste umsteigen müssen. Die direkte Anbindung an den Fernverkehr muss auch in der Bauzeit für den Flughafenzubringer gewährleistet sein.

Der Antrag der SPD-Fraktion akzeptiert diese Kappung und fordert eine möglichst kurze Zeit dafür. Der jetzt vorliegende Antrag geht jedoch weiter und fordert die Verantwortlichen auf, von einer Kappung abzusehen und eine Alternativlösung zu erarbeiten. Es wird um Zustimmung zum neuen Beschlussvorschlag gebeten.

#### Kreisrat Baumert

Der Antrag der Fraktion der SPD wurde moderater formuliert, um eine Zustimmung aller Fraktionen zu erleichtern. Da dies nun offensichtlich nicht erforderlich ist, schließt sich auch die SPD-Fraktion der "verschärften" Resolution gerne an und unterstützt diese.

# Kreisrat Häusler

Auch die Fraktion der CDU wird dem zustimmen. Die ursprüngliche Idee der Fraktion der SPD, einen interfraktionellen Antrag zu stellen, ist sehr gut. Es ist unbestritten, dass man die Direktverbindung zum Hauptbahnhof nach Stuttgart nicht einfach für mehrere Jahre kappen kann, zumal die Anbindung an den Fernverkehr unbedingt gewährleistet bleiben muss. Der zweigleisige Ausbau, für den man schon seit Jahren auf allen Ebenen kämpft, lässt weiter auf sich warten und da kann man nicht weitere Behinderungen auf der Strecke hinnehmen. Der Antrag ist auch in der jetzigen Fassung nicht "überspitzt" formuliert, daher wird zugestimmt.

# Kreisrat Dr. Geiger

Der Antrag ist zwar schärfer formuliert worden, aber es kann nicht sein, dass man keinerlei Informationen erhält oder diese aus der Zeitung erfahren muss. Der Böblinger Kreistag wurde informiert, dort war das schon Thema – in Kreistag des Landkreises Konstanz nicht. Es geht einfach auch darum, dass alle den gleichen Informationsstand haben müssen. Auch das soll mit dem Antrag zum Ausdruck gebracht werden.

Weitere Wortmeldungen erfolgen nicht. Der Kreistag fasst folgenden

## Beschluss (einstimmig, 1 Enthaltung):

- 1. Der Landkreis Konstanz lehnt eine Kappung der Gäubahn in Stuttgart-Vaihingen ab. Eine direkte Anbindung an die Landeshauptstadt Stuttgart und an den Fernverkehr müssen gewährleistet werden.
- 2. Die Landeshauptstadt Stuttgart und der Verband Region Stuttgart werden aufgefordert, in Abstimmung mit den berührten Akteuren, bis zur Inbetriebnahme der neuen Gäubahnstrecke über den Flughafen eine Lösung zur temporären Aufrechterhaltung der Gäubahntrasse bis zum heutigen Hauptbahnhof zu finden.
- 3. Eine Kopie der Aufforderung zum Handeln in Sachen Gäubahn werden dem Landtag Baden-Württemberg und den Landtagsfraktionen zugestellt. Ebenso bekommt die Deutsche Bahn eine Kopie zur Kenntnis.

# 6. <u>Gesundheitsverbund Landkreis Konstanz gGmbH</u>;

## Konzernabschluss 2018

Der **Vorsitzende** verweist auf die Sitzungsvorlage und den Empfehlungsbeschluss des Verwaltungs- und Finanzausschusses.

Wortmeldungen erfolgen nicht. Der Kreistag fasst folgenden

# Beschluss (einstimmig, 1 Enthaltung):

Der Kreistag beauftragt den Vertreter des Landkreises in der Gesellschafterversammlung der Gesundheitsverbund Landkreis Konstanz gGmbH, folgenden Einzelbeschlüssen zuzustimmen:

- 1. Der Konzernabschluss 2018 in der vorgelegten Fassung wird festgestellt.
- 2. Der Konzernjahresfehlbetrag in Höhe von -2.129.037,22 EUR wird auf neue Rechnung vorgetragen.
- 3. Der Geschäftsführung wird Entlastung erteilt.

## Hinweis:

Die Kreisräte **Burchardt, Häusler** und **Küttner** nahmen wegen Befangenheit weder an der Beratung noch an der Beschlussfassung teil.

# 6.1 Gesundheitsverbund Landkreis Konstanz gGmbH;

# Konzernabschluss 2018 - Entlastung des Aufsichtsrats

Der Vorsitzende verweist auf die Sitzungsvorlage.

Wortmeldungen erfolgen nicht. Der Kreistag fasst folgenden

## Beschluss (einstimmig, 1 Enthaltung):

Der Kreistag beauftragt den Vertreter des Landkreises in der Gesellschafterversammlung der Gesundheitsverbund Landkreis Konstanz gGmbH, der Entlastung des Aufsichtsrats zuzustimmen.

### Hinweis:

Kreisrätin **Dr. Kreitmeier** sowie die Kreisräte **Dr. Both-Pföst, Burchardt, Häusler, Hoffmann, Dr. Geiger, Küttner** und **Staab** nahmen wegen Befangenheit weder an der Beratung noch an der Beschlussfassung teil.

# 7. Berufliche Schulen im Landkreis Konstanz;

# Fachschulen - Erhebung von Schulgeldern

Der Vorsitzende verweist auf die Sitzungsvorlage und die Vorberatungen.

## Kreisrat Müller-Fehrenbach

Die Fraktion der CDU hat dieses Thema in die Öffentlichkeit getragen. Die Gebühren stellen eine Hürde für die Weiterbildung dar. Daher wurde nach der Sommerpause 2019 ein Antrag auf Abschaffung dieser Gebühren gestellt. Ziel ist eine höchstmögliche Qualifikation der Berufstätigen, gerade auch in Zeiten des Fachkräftemangels. Daher müssen alle Hürden beseitigt werden, die diese Zielsetzung konterkarieren.

Abhängig vom familiären Umfeld beeinflussen die Gebühren die Entscheidung, ob man eine Fortbildung machen kann, oder nicht. Außerdem handelt es sich auch um eine Frage der Gerechtigkeit, so sind z. B. die Studiengebühren entfallen, bei der berufli-

# chen Weiterbildung nicht.

Die Verwaltung wollte die Gebühren dem gegenüber erhöhen, aber das widerspricht sowohl dem Ziel einer forcierten beruflichen Weiterbildung als auch der Gerechtigkeit. Gerade bei der Pflegeausbildung an der Mettnauschule erstaunt, dass dafür überhaupt noch Gebühren entrichtet werden müssen.

Der Verwaltungs- und Finanzausschuss (VFA) empfiehlt mehrheitlich eine Reduzierung der Gebühren um 50 % ab September 2020. Darüber wurde in der Fraktion nochmals ausführlich diskutiert und im Ergebnis spricht sich eine große Mehrheit dafür aus, die Gebühren ganz abzuschaffen. Daher wird der Antrag gestellt, dass die Gebühren ab 01.09.2020 entfallen.

Das weicht zwar vom Empfehlungsbeschluss des VFA ab, aber dafür wird um Verständnis gebeten. Man sollte also die Gebühren gleich ganz abschaffen und nicht in Stufen. Die anderen Fraktionen werden um Unterstützung dieses abweichenden Antrags gebeten. Außerdem sollten die Kammern gebeten werden, auch die dortigen Gebühren abzuschaffen, sofern das möglich sein sollte.

## Kreisrat Siegfried Lehmann

Für den Antrag wird vollstes Verständnis aufgebracht. Das war schon im Kultur- und Schulausschuss (KuSchu) ein Thema, dort bestand Konsens darüber, das Ziel zu verfolgen, die Gebühren ganz abzuschaffen. Dann gab es Prüfaufträge, es ging "hin und her" und im VFA wurde das nochmals anders gehandhabt bzw. beschlossen. Dieses Verwirrspiel endet nun mit dem Antrag und es wird ausdrücklich begrüßt, dass man damit zum ursprünglichen Antrag auf vollständige Abschaffung der Gebühren zurückkehrt.

Dies ist die richtige Entscheidung – der einzige "Rohstoff", über den unser Land verfügt, ist die Bildung. Und daher muss so entschieden werden. Für die Kammern ist das zwar nicht einfach, aber auch sie müssen eine Lösung finden und Gebühren senken oder abschaffen. Gleichzeitig sollte damit auch an das Land ein Signal gesendet werden, dass es auch für diese Ausbildungen einen Sachkostenbetrag – wie für alle anderen Schularten auch – geben muss. Die Gebühren wurden in anderen Bundesländern bereits abgeschafft und das sollte auch das Land Baden-Württemberg tun.

## Kreisrätin Röth

Der Vorschlag wird ebenfalls begrüßt – dies dient der Behebung des Fachkräftemangels und auch bezüglich der Gerechtigkeit/Gleichbehandlung ist das Vorgehen angebracht.

Im KuSchu wurde die Verwaltung damit beauftragt, einen Vorschlag zu unterbreiten, wie die Schulgelder an den Fachschulen in Konstanz, Radolfzell und Singen, ggf. auch stufenweise (zusätzliche Darstellung der Absenkung auf 50 % und auf 20 %), in Richtung "0" reduziert werden könnten. Dieser Vorschlag liegt nicht vor, die Verwaltung hat im Gegensatz dazu daran festgehalten, die Gebühren zu erhöhen.

#### Vorsitzender

Es trifft zu, dass die Verwaltung im KuSchu eine Erhöhung der Gebühren vorgeschlagen hatte. Nach der Beratung im VFA am 25.11.2019 wurde – wie dort gewünscht – ein Gespräch mit der Handwerkskammer geführt. Dieses Gespräch hat zwischenzeitlich stattgefunden, das Ergebnis wurde in die weitere Vorberatung im VFA am 27.01.2020 eingebracht. Nach ausführlicher Beratung wurde mit großer Mehrheit der Beschluss gefasst, der dem Kreistag nun zur Entscheidung vorliegt.

Sollte dem weitergehenden Antrag der Fraktion der CDU nicht zugestimmt werden, würde man über den Empfehlungsbeschluss abstimmen.

#### Kreisrat Kessler

In der Fraktion der FW gibt es unterschiedliche Meinungen, den Beschlussvorschlag aus dem VFA hätte man mittragen können, auch mit Rücksicht auf die Kammern. Bei

einer vollständigen Abschaffung wird die Fraktion nicht geschlossen abstimmen. Es stellt sich jedoch die Frage, wie sich dies auf den Schulbetrieb auswirken würde. Reichen die Klassen aus? Gibt es genügend Lehrkräfte und entstünden dadurch Mehrkosten?

#### Kreisrat Baumert

In der Sitzung des VFA war auch ein Vertreter der Handwerkskammer anwesend. Dieser sprach für den Fall einer Abschaffung von Ungleichbehandlung und wies darauf hin, dass sich die Schüler dann auch anders verteilen könnten. Unabhängig davon wird der Antrag der CDU-Fraktion begrüßt.

Im Falle einer Zustimmung käme es zu Mindereinnahmen im Haushalt 2020 ff. Das darf aber nicht dazu führen, dass die Schulbudgets gekürzt werden. Die Fraktion der SPD wird dem neuen Vorschlag zustimmen.

#### Vorsitzender

Die Schulen erhalten ihre Gelder wie bisher aus dem Kreishaushalt, eine Änderung ist nicht vorgesehen. Der Landkreis wird daher auf die Schulgelder verzichten, ohne bei den Schulen zu kürzen.

# Frau **Hagen**

Was die Ungewissheit bei den erforderlichen Klassen angeht: Die Gebühren sind nicht so hoch, dass deshalb jemand nicht kommen würde. Außerdem ist der Besuch der Schulen freiwillig, es wird also keiner dazu gezwungen. Bei den Fachschulen wäre bei einer Überbelegung eine Ablehnung von Bewerbern möglich, insofern ließe sich dies handhaben. Im Übrigen hat man derzeit eher zu wenig Bewerber, das deutet darauf hin, dass man es auf jeden Fall schaffen würde, auch wenn sich mehr Personen anmelden sollten.

Weitere Wortmeldungen erfolgen nicht. Der Kreistag fasst folgenden

## Beschluss (Mehrheit der Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme, 2 Enthaltungen):

Auf die Erhebung von Schulgeldern an den Fachschulen in Konstanz, Radolfzell und Singen wird ab 01.09.2020 (Schuljahr 2020/21) verzichtet.

# 8. Kreishaushalt 2019;

# Finanzbericht/Prognose zum 31.12.2019

Der **Vorsitzende** verweist auf die Tischvorlage. Das Jahr 2019 ist besser gelaufen als gedacht:

- Für die Finanzierung der Investitionen war ein Überschuss von 12,6 Mio. € eingeplant. Tatsächliches Ergebnis: 23,5 Mio. €.
- Das heißt (netto): 10,89 Mio. €. DAVON geht aber noch ein Zuschuss an den GLKN in Höhe von 5 Mio. € ab, sodass sich der "verbleibende Überschuss" auf 5.89 Mio. € beläuft.
- Verwendbar wird dieses Ergebnis nach der formalen Feststellung des Jahresabschlusses durch den Kreistag.

#### Kreisrat Staab

Wenn man für den Bau einer ASÜ – wie im VFA berichtet – 800.000 € im Haushalt 2020 belassen würde, dann bräuchte eine mögliche Übertragung von 975.000 € aus dem Vorjahr 2019 nicht erfolgen. Würde das bedeuten, dass sich das Ergebnis des Jahres 2019 nochmals um 975.000 € verbessert?

## Herr Nops

Der genannte Betrag ist im Finanzhaushalt veranschlagt, nicht im Ergebnishaushalt.

Dies würde lediglich die Liquidität verbessern, d. h., der Betrag stünde 2020 zur Verfügung. Eine Auswirkung auf den Haushalt 2019 hätte dies nicht.

Weitere Wortmeldungen erfolgen nicht.

## Beschluss:

#### Entfällt.

Die Mitglieder des Kreistags nehmen den Finanzbericht/die Prognose zum 31.12.2019 sowie die ergänzenden Ausführungen des **Vorsitzenden/**von Herrn **Nops** zur Kenntnis

# 9. Beratung und Beschlussfassung über den Haushalt des Landkreises Konstanz;

Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2020 mit Entscheidung über diverse Förderanträge/Empfehlungsbeschlüsse der Fachausschüsse

Der **Vorsitzende** verweist auf die Vorberatungen und den von der Verwaltung als Tischvorlage vorgelegten neuen Vorschlag (Änderungsliste 3 zum Entwurf des Haushalt 2020, Stand 10.02.2020. Danach beläuft sich der Hebesatz für die Kreisumlage auf 31,5 %-Punkte.

In der Einbringungsrede am 09.12.2019 belief sich der Hebesatz noch auf 32,5 %-Punkte. Zwischenzeitlich wurden jedoch neue Berechnungen angestellt, weil sich div. Änderungen ergeben haben. Außerdem wurden nochmals alle Haushaltsansätze überprüft und danach kommt man nun auf den genannten neuen Hebesatz von 31,5 %-Punkten. Dieser wird von der Verwaltung vorgeschlagen.

Bezüglich des Vorgehens wird vorgeschlagen, dass zunächst Herr **Nops** den Haushalt 2020 gesamthaft darstellt. Danach erfolgen dann die Reden/Anmerkungen der Fraktionen in der Reihenfolge ihrer jeweiligen Größe (CDU, GRÜNE usw.) Im Rahmen dieser Reden können auch Anträge gestellt werden, über die dann vor dem Gesamtbeschluss abgestimmt werden könnte.

Widerspruch gegen dieses Vorgehen erhebt sich nicht; Herr **Nops** stellt den Haushalt 2020 da. Seine Präsentation ist der Niederschrift als **ANLAGE 1** beigefügt.

Nach den Ausführungen von Herrn **Nops** erteilt der Vorsitzende Kreisrat **Häusler** (CDU) das Wort.

Die Ausführungen von Kreisrat **Häusler** liegen dieser Niederschrift als **ANLAGE 2** bei. Er signalisiert Zustimmung zum Hebesatz von 31,5 %-Punkten. Anträge werden nicht gestellt.

Nach den Ausführungen von Kreisrat **Häusler** erteilt der **Vorsitzende** Kreisrätin **Dr. Kreitmeier** (Bündnis 90/DIE GRÜNEN) das Wort. Sie plädiert für einen Hebesatz von 32,5 %-Punkten. Ihre Rede liegt dieser Niederschrift als ANLAGE 3 bei.

Folgende ANTRÄGE werden gestellt, für die um Einzelabstimmung gebeten wird:

## Antrag IT-Stellen – Erhöhung des Schulbudgets

Im Haushalt 2020 solle zusätzlich 200.000 € extra zweckgebunden für die IT-Betreuung der Schulen (Sondermittel IT) bereitgestellt werden.

## Antrag Sperrvermerk – Atemschutzübungsstrecke mit Service-Zentrum

Die Verwaltung möge eine Aufstellung, was genau geplant ist und wie sich die Kosten zusammensetzen, bereitstellen. Bis dahin soll ein Sperrvermerk gesetzt werden. Nach dem Ende der Ausführungen von Kreisrätin **Dr. Kreitmeier** erteilt der **Vorsitzende** Kreisrat **Staab** (FW-Fraktion) das Wort. Dessen Ausführungen liegen der Niederschrift als **ANLAGE 3** bei.

Anträge werden nicht gestellt – es wird auf den Antrag der FW-Fraktion bezüglich der Erstellung des Haushalts 2021 verwiesen. Hier geht es darum, die neuen Möglichkeiten der Doppik, die nunmehr für alle gilt, zu nutzen und den Haushalt anders als bisher zu erstellen bzw. zu steuern. Im Übrigen wird dem Hebesatz von 31,5 %-Punkten zugestimmt.

Nach den Ausführungen von Kreisrat **Staab** spricht Kreisrat **Baumert** für die Fraktion der SPD. Seine Ausführungen liegen als **ANLAGE 4** bei.

Der erhöhte Erfahrungsabschlag bei den Personalkosten liegt mit 4,6 % immer noch unter der Abweichung "Ansatz und Ergebnis 2019". Er könnte danach auf 5 % erhöht werden. Es werden auch Zweifel angemeldet, ob es dem Amt für Hochbau und Gebäudemanagement tatsächlich gelingen wird, die Gelder für den Bauunterhalt/die Neubauten zu verbauen, zumal man erst die Genehmigung des Haushalts 2020 abwarten muss und dann verblieben noch etwas mehr als ein halbes Jahr bis zum Jahresende.

Es wird trotz der von der Verwaltung angebotenen Reduzierung des Hebesatzes auf 31,5 %-Punkte beantragt, im Schulbudget 200.000 € für eine externe Betreuung der IT an den Schulen bereitzustellen. Als Gegenfinanzierung soll der Erfahrungsabschlag bei den Personalkosten von 4,6 auf 5,0 % erhöht werden. Im Übrigen wird dem Hebesatzvon 31,5 %-Punkten zugestimmt.

Für die Fraktion der FDP spricht Kreisrat **Dr. Geiger**. Seine Rede ist der Niederschrift als **ANLAGE 5** beigefügt.

Anträge werden nicht gestellt. Es wird jedoch betont, dass der Hebesatz bei der Kreisumlage bei 32,5 %-Punkte belassen werden sollte. Außerdem soll der Haushalt für 2021 bereits zum Ende des laufenden Jahres 2020 verabschiedet werden, zumal dies gesetzlich so vorgegeben ist.

Kreisrätin **Röth** redet für die Fraktion DIE LINKE. Auch sie fordert einen Hebesatz für die Kreisumlage von 32,5 %-Punkten. Ihre Ausführungen liegen der Niederschrift als **ANLAGE 6** bei.

Nachdem der **Vorsitzende** alle vorliegenden Anträge genannt hat, meldet sich Kreisrätin **Özdemir** zu Wort.

## Kreisrätin Özdemir

Es stellt sich die Frage, ob die Festlegung des Hebesatzes für die Kreisumlage angesichts des noch nicht beantworteten Fragekatalogs der GRÜNEN zum Thema "Kosten der Unterkunft" richtig ist. Der Fragenkatalog wurde im Okt. 2019 eingebracht, der zuständige Fachausschuss hat darüber noch nicht beraten. Es wurde u. a. eine Erhöhung der KdU-Erstattung (KdU = Kosten der Unterkunft) beantragt und nun sind dafür im Haushalt keine Mittel eingestellt worden. Das ist nicht in Ordnung, zuvor sollte darüber eine Debatte geführt und eine Entscheidung getroffen werden.

#### Vorsitzender

Die eingeplanten Ausgaben basieren auf den Fallzahlen für 2019. Auf Basis dieser Fallzahlen wurde eine Hochrechnung für 2020 gemacht. Es gab 2019 einfach weniger Fälle, daher wurden die Ausgaben entsprechend angepasst.

## Kreisrätin Özdemir

Das mit den Fallzahlen ist klar. Aber es handelt sich um Menschen, denen die Erstattung der KdU abgelehnt wird, weil sie in einer zu großen oder zu teuren Wohnung leben. Das hat Auswirkungen auf die Höhe der Ausgaben. Ohne ein Ergebnis der Beratung können auch keine Anpassungen bei den veranschlagten Kosten erfolgen.

#### Vorsitzender

Es geht um die Ausgaben in den Fällen, in denen ein Anspruch auf Kostenerstattung besteht. Und wenn es weniger Fälle gibt, sind auch weniger Leute bedürftig, d. h., die Kosten sinken. Es ist auch nicht so, dass das Jobcenter mehr Anträge ablehnt als bisher, der reduzierte Ansatz ist – wie erwähnt – ausschließlich auf geringere Fallzahlen zurückzuführen. Man hat den Ansatz für 2020 auf Basis des voraussichtlichen Ergebnisses für 2019 angepasst. Inhaltlich gab und gibt es keine Änderungen, es handelt sich um ein operatives Geschäft des Jobcenters. Die gestellten Fragen werden alle beantwortet, aber deren Beantwortung hat keine Auswirkung auf den Haushalt 2020.

## Kreisrat Moser

Was die Erhöhung des Schulbudgets für die IT-Betreuung angeht: Der "Digitalpakt Schulen" gilt auch für die Beruflichen Schulen. Hier gibt es sehr hohe Zuschüsse und deshalb sollte man eher alle Fördermöglichkeiten ausnutzen. Eigene Mehraufwendungen bei den Personalkosten werden vom Land nicht ersetzt, aber die Betreuung durch Externe wird übernommen. Es wäre also sinnvoller, dies zu prüfen und zu nutzen, als eigenes Geld in die Hand zu nehmen oder zusätzlich eigenes Personal einzustellen. Dieses Personal ist im Übrigen am Markt gar nicht vorhanden.

# Kreisrat **Zähringer**

Im KuSchu wurden für die IT-Betreuung 6 Stellen beantragt. Und ursprünglich war vorgesehen, dass die Verwaltung 3 neue Stellen schafft und die übrigen 3 Stellen über das Schulbudget abzudecken. Im ersten Jahr sollten alle Stellen bzw. Kosten zu Lasten des Kreishaushalts gehen, für die Folgejahre sollte dann nochmals beraten und beschlossen werden.

Unabhängig davon, dass am Markt wohl kein geeignetes Personal vorhanden ist, muss der Landkreis aktiv werden, insbesondere auch deshalb, weil in den nächsten 5 Jahren ca. 3,2 Mio. € in die IT investiert werden sollen. Dabei handelt es sich nicht nur um Endgeräte, sondern auch um den Aufbau einer adäquaten Infrastruktur. Diese ist auch in 5 Jahren noch nutzbar, das ist nachhaltig und unbedingt erforderlich. Es nützt wenig, wenn man die Infrastruktur ausbaut und Geräte beschafft – und dann alles nicht nutzbar ist, weil es an Betreuungspersonal fehlt.

Man muss den Schulen mit geeignetem Sachverstand helfen, damit diese eine effiziente IT aufbauen und nutzen können. Hier muss dringend etwas getan werden, wie der Betrag von 200.000 € gegenfinanziert wird, ist zweitrangig. Heute muss man einen Schritt in die richtige Richtung tun und die Mittel bereitstellen.

# Kreisrat Siegfried Lehmann

Man muss trennen – zum einen geht es um die heutige Situation an den Beruflichen Schulen. Die Betreuung wird von Lehrpersonal übernommen. Für den Einsatz von Tablets gibt es zwar Geld, aber die Tablets sind nur dann sinnvoll nutzbar, wenn die Netze (WLAN) vorhanden sind und funktionieren. Dies bedarf einer entsprechenden Betreuung. Ansonsten sind die Investitionen sinnlos. Man muss den Betrieb am Laufen halten bzw. zum Laufen bringen.

Die Beruflichen Schulen sind gut ausgestattet und verfügen über gute Netze und Rechner, aber das Land nimmt die Betreuungsaufgabe nicht wahr, dafür gibt es kein Geld. Bereits vor einiger Zeit hat sich Landrat **Hämmerle** beim Landkreistag dafür eingesetzt, dass dieser aktiv wird und auf das Land zugeht. Stichwort: "Konnexität". Hier handelt es sich um eine Aufgabe des Landes und dann muss dieses auch zahlen oder zumindest maßgeblich mitfinanzieren. Der Landkreistag muss dies nachdrücklich einfordern und eine entsprechende Vereinbarung mit dem Land schließen.

Beim zweiten Punkt geht es um den Digitalpakt – hier werden keine Personalkosten übernommen, sondern nur die Kosten für die Erstinvestition. Auch Betreuungskosten werden nicht ersetzt, ganz gleich, von wem das gemacht wird. Im Gesetz bzw. der Vereinbarung zwischen Bund und Ländern ist geregelt, dass man bei der Anforderung

von Mitteln versichern muss, dass die Betreuung gewährleistet ist. Ist dies nicht der Fall, müssen die Fördergelder ggf. zurückerstattet werden. Man kann also nicht einfach nur die Zuschüsse abrufen, sondern man muss sich bewusst sein, welche Konsequenzen das zur Folge hat.

Der Landkreis bzw. die Schulen müssen die Betreuung sicherstellen, daher ist auch der Antrag der GRÜNEN gerechtfertigt. Die entsprechenden Sondermittel müssen daher um 200.000 € aufgestockt werden, das entspricht ca. 3 Stellen. Dabei geht es um die Netzwerkbetreuung, wobei noch geklärt werden sollte, ob man dazu Personal einstellen oder die Leistungen nicht besser an einen externen Dienstleister vergeben sollte. Ganz unabhängig davon: Es wird um Zustimmung gebeten, um die Schulen in diesem Bereich zu entlasten, was dringend erforderlich ist.

Weitere Wortmeldungen erfolgen nicht.

Der **Vorsitzende** fasst die gestellten Anträge zusammen und stellt diese zur Abstimmung. Der Kreistag fasst folgende Beschlüsse:

# <u>Beschluss 1 (ANTRAG der GRÜNEN, der FDP und DIE LINKE) – 40 Nein-Stimmen</u> gegen 24 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung – ABLEHNUNG

Der Hebesatz für die Kreisumlage wird auf 32,5 %-Punkte festgesetzt.

Auf Nachfrage des **Vorsitzenden** nach einer Gegenfinanzierung des Betrags von 200.000 für die IT-Betreuung antwortet Kreisrat **Siegfried Lehmann**, dass dafür der Hebesatz für die Kreisumlage entsprechend angehoben werden sollte.

Weitere Wortmeldungen erfolgen nicht. Der Kreistag fasst folgenden

# <u>Beschluss 2 (ANTRAG der GRÜNEN) – Mehrheit der Nein-Stimmen gegen 20 Ja-Stimmen, 2 Enthaltungen) – ABLEHNUNG</u>

Im Haushalt 2020 sollen zusätzlich 200.000 € extra zweckgebunden für die IT-Betreuung der Schulen (Sondermittel IT) bereitgestellt werden. Die Gegenfinanzierung erfolgt durch eine entsprechende Erhöhung des Hebesatzes für die Kreisumlage (+ 0,05 %).

# Beschluss 3 (36 Ja-Stimmen gegen einige Nein-Stimmen, mehrere Enthaltungen):

Für eine externe IT-Betreuung an Schulen werden 200.000 € bereitgestellt. Die Gegenfinanzierung erfolgt durch eine Erhöhung des Erfahrungsabschlags bei den Personalkosten von 4,6 % auf 5 %.

# <u>Beschluss 4 (Mehrheit der Nein-Stimmen gegen 18 Ja-Stimmen, 6 Enthaltungen)</u> - <u>ABLEHNUNG</u>

Bau einer Atemschutzübungsstecke mit Service-Zentrum - die Verwaltung möge eine Aufstellung, was genau geplant ist und wie sich die Kosten zusammensetzen, bereitstellen. Bis dahin soll ein Sperrvermerk gesetzt werden.

Nach der Beschlussfassung über die gestellten Anträge meldet sich vor der Schlussabstimmung Kreisrätin **Dr. Kreitmeier** zu Wort.

## Kreisrätin Dr. Kreitmeier

Es wird eine Erklärung namens der Fraktion der BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Abstimmungsverhalten abgegeben.

Die Fraktion hatte sich für einen Hebesatz für die Kreisumlage von 32.5 %-Punkten entschieden. Dies auch deshalb, weil der Schuldenstand dadurch nicht weiter bzw. nur geringfügig angestiegen wäre.

Da die Verwaltung nach eigener Aussage auch mit einem Hebesatz von 31,5 %-Punkten handlungsfähig ist und im Haushalt viele Anliegen der GRÜNEN berücksichtigt sind, wird die Fraktion dem Haushalt auch in dieser Fassung zustimmen. Besser wäre es natürlich gewesen, den Hebesatz bei 32,5 %-Punkten zu belassen, weil dadurch die Neuverschuldung geringer ausgefallen wäre.

Weitere Wortmeldungen erfolgen nicht. Der Kreistag fasst folgenden

# **ENDBESCHLUSS** (einstimmig, 4 Enthaltungen):

Der Kreistag stimmt der Haushaltssatzung mit Haushaltsplan und dem Stellenplan für das Haushaltsjahr 2020 sowie der mittelfristigen Finanzplanung für die Jahre 2021 bis 2023 in der sich aus der Beratung – inklusive der Änderungsliste – ergebenden Fassung (Hebesatz für die Kreisumlage 31,50 %-Punkte, Kreditaufnahme 9.500.000 €, ordentliche Tilgungen von 3.800.000 € und Verpflichtungsermächtigungen von 9.530.000 € (davon für das Jahr 2020: 9.530.000 €) zu.

## 10. Bürgerfragestunde

Auf Nachfrage des Vorsitzenden erfolgen keine Wortmeldungen.

# 11. <u>Mitteilungen</u>

# 11.1 <u>Lebensmittelkontrollen im Landkreis Konstanz</u>;

# Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Der **Vorsitzende** verlässt den Sitzungssaal und übergibt die Leitung der Sitzung an Kreisrat **Burchardt**.

#### Kreisrat **Grünauer**

Für die gute Vorlage wird gedankt. Aus der Antwort geht hervor, dass 15 Stellen erforderlich wären, dass aber nur 8 Stellen bzw. 9 Stellen besetzt sind, also etwa 50 %.

Es ist klar, dass der Landkreis nicht anstelle des Landes, dessen Aufgabe der Landkreis wahrnimmt, zusätzliches Geld in die Hand nehmen kann, aber man sollte über den Landkreistag versuchen, auf das Land einzuwirken, dass dieses mehr Geld für zusätzliches Personal zur Verfügung stellt. Und dies nicht erst nach dem nächsten Skandal.

Positiv wäre es, wenn wenigstens die sich in Ausbildung befindliche Lebensmittelkontrolleurin nach dem Abschluss ihrer Ausbildung dauerhaft eingestellt werden könnte.

# **Beschluss:**

#### Entfällt.

Die Mitglieder des Kreistags nehmen die Antwort der Verwaltung auf den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Thema "Lebensmittelkontrollen im Landkreis Konstanz" zur Kenntnis.

## 11.2 Sitzungen des Kreistags und der Ausschüsse;

# Anfrage von Kreisrat Grünauer/BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Der Vorsitzende verweist auf die Sitzungsvorlage.

Wortmeldungen erfolgen nicht.

# **Beschluss:**

#### Entfällt.

Die Mitglieder des Kreistags nehmen die Antwort der Verwaltung auf den Antrag von Kreisrat **Grünauer** zum Thema "Sitzungen des Kreistags und der Ausschüsse" zur Kenntnis.

## 11.3 Beteiligungsbericht 2018

Der Vorsitzende verweist auf die Sitzungsvorlage.

Wortmeldungen erfolgen nicht.

## **Beschluss:**

## Entfällt.

Die Mitglieder des Kreistags nehmen den Beteiligungsbericht 2018 zur Kenntnis.

## 11.4. Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (LGVFG);

# Erweiterung der Fördermöglichkeiten für den öffentlichen Verkehr auf dem Wasser

Der Vorsitzende verweist auf die Sitzungsvorlage.

Wortmeldungen erfolgen nicht.

## Beschluss:

# Entfällt.

Die Mitglieder des Kreistags nehmen die Mitteilungsvorlage zum Thema "Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz/Erweiterung der Fördermöglichkeiten für den öffentlichen Verkehr auf dem Wasser" zur Kenntnis.

# 12. <u>Verschiedenes - Bekanntgaben - Anträge - Wünsche</u>

## 12.1 Asylbewerber und Flüchtlinge;

## Behandlung der Thematik in den Gremien

Der **Vorsitzende** kehrt in den Sitzungssaal zurück und übernimmt wieder die Leitung der Sitzung.

Kreisrat **Hoffmann** hebt die Bedeutung des Amtes für Migration und Integration für den Kreishaushalt hervor. Hier fehlt eine Gesamtübersicht, nachdem die Ansätze über den ganzen Haushalt verteilt sind und auch die Zuordnung des Amtes mehrfach gewechselt hat. Da sich mehrere Ausschüsse mit dieser Thematik befassen, ist eine solche Übersicht auch im laufenden Jahr sehr wichtig, damit allfällige Entscheidungen in Kenntnis des ganzen Sachverhalts getroffen werden können.

Die Fraktion der CDU wird daher beantragen, den TOP "Neubau einer Asylbewerberunterkunft in Radolfzell/Kasernenstr." in der nächsten Sitzung des Technischen und Umweltausschusses abzusetzen und ein gemeinsames Gremium einzusetzen, das sich mit dieser Thematik befasst.

Der Vorsitzende bittet darum, diesen Antrag im Ausschuss einzubringen.

# 12.2 <u>Konferenz zum Thema "Kreise gestalten Zukunft - 2. Konferenz für Landkreise</u> für Klimaschutz;

## Teilnahme eines Vertreters des Landkreises/Berichterstattung im Kreistag

Kreisrätin **Frank** teilt mit, dass am 16./17.03.2020 eine Konferenz zum Thema "Kreise gestalten Zukunft: 2. Konferenz für Landkreise im Klimaschutz" in Wurzen stattfindet. Veranstalter sind das Service- und Kompetenzzentrum Kommunaler Klimaschutz (SK:KK) und der Deutsche Landkreistag (DLT). An dieser Konferenz sollte ein Vertreter des Landkreises teilnehmen und danach sollte im Kreistag Bericht erstattet werden.

Der Vorsitzende sagt zu, sich darum zu kümmern.

## 12.3 Schienenstrecke Konstanz - Allensbach (Radolfzell);

# Sanierung von Bahnübergängen - Einrichtung eines Schienenersatzverkehrs (SEV)

Kreisrat **Siegfried Lehmann** teilt mit, dass die DB AG auf dem Streckenabschnitt zwischen Allensbach und Radolfzell in der Zeit vom 21. – 26.03. und vom 04. – 18.05.2020 wegen Bauarbeiten an Bahnschranken einen Schienenersatzverkehr (SEV) einrichten wird. Dazu folgende Fragen:

- Ist der Schienenersatzverkehr in den genannten Zeiträumen sichergestellt?
- Welche Taktung ist vorgesehen, welche Busgrößen kommen zum Einsatz? Auf jeden Fall müssen sowohl der Schüler- als auch der Berufsverkehr abgedeckt sein.
- Wer ist für die Organisation dieses SEV zuständig und wer übernimmt die Kosten dafür?
- Welchen Einfluss haben die betroffenen Städte und Gemeinden auf diesen SEV?

Der **Vorsitzende** antwortet, dass man sich erkundigen und die Antworten auf diese Fragen nachreichen werde.

## 12.4 Klimaschutz;

## Besetzung der Stelle für das Klimaschutzmanagement

Kreisrat **Staab** bittet um rasche Besetzung der vom Kreistag beschlossenen Stelle für das Klimaschutzmanagement.

Der **Vorsitzende** antwortet, dass vorgesehen ist, die Stellenausschreibung am 14.02.2020 zu veröffentlichen.

# 12.5 Festlegung der Höhe der Kreisumlage

Kreisrat **Staab** teilt mit, dass sich die im Kreistag vertretenen Bürgermeister ihrer Verantwortung für den Landkreis voll bewusst sind und diese auch wahrnehmen. Es ist daher nicht angemessen, dies insbesondere bei der Festlegung der Höhe des Hebesatzes für die Kreisumlage in Abrede zu stellen.

Im Kreistag gibt es darüber hinaus auch andere Berufs-/Interessengruppen, denen man ansonsten ebenfalls nachsagen könnte, dass sie nicht in erster Linie das Wohl des Landkreises im Auge haben.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen erfolgen, schließt der **Vorsitzende** die **öffentliche** Sitzung um 15:55 Uhr.

Der Vorsitzende:		Für den Kreistag:
Zeno Danner		Wolfgang Müller-Fehrenbach
Uli Burchardt (TOP 11.1. – 11.4)		Dr. Christiane Kreitmeier
	Für das Protokoll:	
	Manfred Roth	

- Anlage 1 Vorstellung des Haushalts 2020 durch Herrn NOPS/TOP 8
- Anlage 2 Haushaltsrede CDU/Kreisrat Häusler
- Anlage 3 Haushaltsrede BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/Kreisrätin Dr. Kreitmeier
- Anlage 4 Haushaltsrede Freie Wähler/Kreisrat Staab
- Anlage 5 Haushaltsrede SPD/Kreisrat Baumert
- Anlage 6 Haushaltsrede FDP/Kreisrat Dr. Geiger
- Anlage 7 Haushaltsrede DIE LINKE/Kreisrätin Röth